



# DIE DEUTSCHEN

## 1945 bis 1953



*Besatzung, Neubeginn und Teilung*



DEUTSCHLAND 1945 bis 1953

## Besatzung, Neubeginn und Teilung

Mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 und der Besetzung des Reiches durch die Truppen der alliierten Siegermächte beginnen für die Deutschen ungewisse Jahre. Niemand weiß, wohin das Land steuert. Ausgebombte, Flüchtlinge, Soldaten, über vier Millionen Zwangsarbeiter, die Überlebenden aus den Konzentrations- und Vernichtungslagern – insgesamt sind, wie der Historiker Adolf Birke schreibt *„zwei Drittel der Gesamtbevölkerung irgendwohin unterwegs.“* Deutschland fällt in einen archaischen Zustand der Naturalwirtschaft zurück.

### EIN LAND IN TRÜMMERN

Arbeiter sind oft nur drei Tage in der Woche in der Fabrik. An den übrigen Tagen tauschen sie ihren Lohn, der zum Teil ebenfalls in Waren ausbezahlt wird, gegen Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs ein. Ein Viertel aller Wohnungen in Deutschland ist zerstört, ein Großteil beschädigt. Bertolt Brecht wird nach seiner Rückkehr Berlin als den *„Schutthaufen bei Potsdam“* charakterisieren, sein niederländischer Kollege Stig Dagermann beschreibt traumatisierte Menschen in Hamburg: *„Ihre Gesichter sind weiß wie Kreide oder Zeitungspapier, Gesichter, ... von denen man meint, sie könnten nicht bluten, wenn man ihnen eine Wunde beibringt.“*

Menschen hausen in Kellern, Ruinen und Bunkern und es fehlt an allem: Nahrung, Wasser, Heizmaterial, Bekleidung, Medikamente. Das Überleben organisieren vor allem die Frauen – fast vier Millionen Männer sind gefallen, Hunderttausende durch Kriegsverletzungen arbeitsunfähig. Niemand weiß, wie viele noch in Lagern sitzen. Die ersten of

fiziellen Zahlen der Alliierten über deutsche Kriegsgefangene werden erst auf der Moskauer Konferenz im März und April 1947 bekannt gegeben. Großbritannien hat zu diesem Zeitpunkt nach eigenen Angaben noch 435.295, Frankreich 641.483 und die USA 14.000 Gefangene. Die von sowjetischer Seite genannte Zahl von 890.432 Internierten ist erschütternd, da Stalin 1945 von über drei Millionen gefangenen Deutschen gesprochen hatte. Die letzten dieser Gefangenen werden erst Ende 1955 in die Bundesrepublik zurückkehren, nachdem Konrad Adenauer an der Spitze einer Delegation nach Moskau fliegt und dort gemeinsam mit Außenminister Heinrich von Brentano (CDU) und dem SPD-Politiker Carlo Schmid die Freilassung von 7.326 Kriegsgefangenen, 2.626 weiteren Internierten und 5.588 verschleppten Zivilisten erreicht. In den vier Besatzungszonen ordnen die Alliierten die Arbeitspflicht für Frauen im Alter von 15 bis 50 und für Männer von 14 bis 65 Jahren an. In Berlin, wo 1945 zwei Drittel der Einwohner weiblich sind, helfen 60.000 Frauen bei der Trümmerbeseitigung.

Ein riesiges Problem ist der Strom der Heimatvertriebenen, die in langen Trecks und über die Ostsee aus den abgetrennten Ostgebieten und aus Ost-Mitteleuropa in das verkleinerte und vierfach geteilte Land ziehen. Allein in Berlin mit seinen 59 Auffanglagern kommen täglich 60.000 Menschen an, die verzweifelt eine Bleibe suchen und oft einfach weitergeschickt werden müssen. Ende Oktober 1946 zählen die vier Besatzungszonen über 9,6 Millionen Heimatvertriebene. Die britische Zone meldet im April 1947 einen Bevölkerungszuwachs von 3,67 Millionen (18 Prozent). Die Einwohnerzahl der US-Zone steigt um 3,25 Millionen (23 Prozent), die der sowjetischen Zone um 3,16 Millionen (16 Prozent). Die französische Zone nimmt dagegen nur wenige Flüchtlinge auf. Den größten Anteil tragen die Agrarländer wie Schleswig-Holstein oder Bayern, weil dort die Ernährung und Unterbringung einfacher zu organisieren ist als in den Industriegebieten. Doch auch in Nordrhein-Westfalen sind von 100 Einwohnern 13 Vertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte. Zusammengebrochen sind aber nicht nur das Regime und der Staat, zusammengebrochen sind auch viele lebensnotwendige Einrichtungen. Das Verkehrs- und Transport-

wesen ist in einem schlimmen Zustand. Die Eisenbahn verfügt zwar noch über 22.800 Lokomotiven (gegenüber 23.500 im Jahre 1936), aber weniger als die Hälfte ist betriebsfähig. Außerdem sind die wichtigsten Strecken, Tunnel und Brücken zerstört oder beschädigt. In der britischen Zone sind im Mai 1945 von 13.000 Streckenkilometern nur 1.000 befahrbar, in der französischen Zone von 5.667 Kilometern gerade einmal 500. Auch die Flüsse sind aufgrund der vielen zerstörten Brücken kaum zu überqueren, Transportschiffe untergegangen, zerstört oder manövrierunfähig. Nahezu alle Schiffe der Rheinflotte sind gesunken, an Elbe und Donau sieht es nicht besser aus. Die Städte erinnern an Mondlandschaften. Frankfurt ist nur ein einziges Beispiel für die riesigen Verwüstungen. Als hier am 29. März 1945 nach der Eroberung durch amerikanische Truppen der Krieg endet, sind 80 Prozent aller Bauten zerstört oder beschädigt, 90.000 der 177.000 Wohnungen unbewohnbar. Die Innenstadt existiert quasi nicht mehr.

#### **VIER BESATZUNGSMÄCHTE**

Die Alliierten haben im Februar 1945 auf der Konferenz von Jalta beschlossen, Deutschland in vier Besatzungszonen aufzuteilen. Ein knappes halbes Jahr später legen sie auf ihrer Konferenz in Potsdam die Grenzziehungen fest. Die amerikanische Besatzungszone besteht aus dem heutigen Hessen, Bayern und dem Norden der ehemaligen Länder Baden und Württemberg sowie Bremen und Bremerhaven, die britische aus dem deutschen Nordwesten, die französische aus dem heutigen Land Rheinland-Pfalz, dem Süden von Baden, von Württemberg und den ehemaligen Hohenzollerschen Landen.

Die Sowjetunion hat alle Gebiete östlich der Flüsse Oder und Neisse bis an die Elbe und die ehemalige westliche Landesgrenze von Thüringen und der preußischen Provinz Sachsen. Ein umstrittenes Thema ist die Behandlung der deutschen Ostgebiete. Stalin hat in diesen Territorien östlich von Oder und Lausitzer Neiße ohne Absprache eine polnische beziehungsweise sowjetische Verwaltung eingerichtet.

In Potsdam wird die Oder-Neiße-Linie von den Westmächten de facto anerkannt. Die endgültige Festlegung der deutschen Grenzen soll erst in einem Friedensvertrag erfolgen.

Am 10. Juli 1945 lösen im Saarland französische Besatzungstruppen die US-Streitkräfte ab. In einem Schreiben vom 25. Juli 1945 wird dem deutschen Regierungspräsidenten von den Franzosen mitgeteilt, „*dass das Saarland künftighin eine eigene Verwaltungseinheit bildet*“. Am 30. August wird Oberst Gilbert Grandval, ehemaliger Résistance-Kommandant, zum Militärgouverneur für die Militärregierung des Saarlandes ernannt. Er amtiert bis 1957. Zu Beginn konzentriert sich die französische Saarpolitik auf die Heraustrennung des Saarlandes aus der französischen Besatzungszone und auf die Herstellung eines politischen Sonderstatus. Politisch soll das Saarland nach den Vorstellungen Frankreichs von Deutschland getrennt werden und einen autonomen Status erhalten. Dem widerspricht die Sowjetunion.

### NEUE POLITISCHE GRUNDSÄTZE

Die vier Besatzungsmächte einigen sich in der Potsdamer Konferenz auch auf die politischen Grundsätze für die Neuorganisation Deutschlands: Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Dezentralisierung, Zerschlagung der Kartelle und Demokratisierung. Sie beschließen außerdem, Deutschland ökonomisch abzurüsten. Einem militärischen Wiederaufbau soll die Grundlage entzogen werden. Im März 1946 verkünden die Siegermächte einen „Industrieplan“. Danach soll die Produktion in Zukunft bei etwa 50 Prozent der Höhe von 1938 liegen. Auf einer Liste stehen 1.800 zu demontierende Betriebe. Zu diesem Zeitpunkt läuft der Abbau von Fabriken und Bahnanlagen in der sowjetischen und französischen Zone bereits auf Hochtouren. Da es über die Reparationsfrage keine Einigung gegeben hat, bedient sich jede Siegermacht in ihrem Besatzungsgebiet. Besonders hart trifft es die sowjetische Besatzungszone. Allein im ersten Jahr nach Kriegsende werden mehr als 2.000 Betriebe demontiert und 11.800 Kilometer Eisenbahnschienen abtransportiert. Die Transportleistung in der SBZ sinkt auf ein Viertel des Wertes von 1936.

Jetzt zeigt sich die Instabilität der in Potsdam demonstrierten Einigkeit der Anti-Hitler-Koalition. Schon die Entnazifizierung, die mit Ausnahme der Nürnberger Prozesse jede Siegermacht selbständig organisiert, weist in Form und Tiefe erhebliche Unterschiede auf. Und selbst in Nürnberg liegt vieles im Argen. Von Hunderten NS-Funktionären an der Spitze der deutschen Stahlindustrie kommen nur 33 in Haft; der Rest arbeitet einfach weiter. Alfred Krupp, Leiter des größten deutschen Waffenkonzerns, wird zu zwölf Jahren Haft verurteilt und ist nach drei Jahren wieder frei. Ärzte werden in Nürnberg weitgehend verschont, obwohl Tausende eine wichtige Rolle bei der Ermittlung von Kriterien der Rassereinheit spielten, Euthanasiekampagnen organisierten und mit Menschen experimentierten. 23 Ärzte werden angeklagt, alle erklären sich für unschuldig, am Ende werden vier zum Tode verurteilt. Fünf Jahre später arbeiten fast alle SS-Ärzte wieder als Haus- und Amtsärzte oder lehren an Universitäten. Nicht anders steht es um die Juristen. Während der zwölf Jahre der NS-Herrschaft sprechen deutsche Richter über 30.000 Todesurteile. 15 Juristen stehen in Nürnberg vor Gericht. Vier werden freigesprochen und einer für verhandlungsunfähig erklärt, zehn zu Gefängnisstrafen verurteilt. Keiner sitzt seine gesamte Strafe ab. Bis auf einen werden alle Angeklagten spätestens 1951 entlassen oder begnadigt. Damit ist auch für die Juristen die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit abgeschlossen.

### AUFBAU UND NEUBEGINN

Die Deutschen machen sich an die Aufräumarbeiten und finden erstaunlich schnell zu einer Form von Normalität und zu einem intensiven Kulturleben zurück. Schon wenige Tage nach Kriegsende werden Konzerte gegeben, die ersten Berliner Theater spielen bereits im Juni 1945 wieder und bringen bis Weihnachten 121 Premieren auf die Bühne. Diese Energie nötigt den Alliierten Respekt ab. Heinrich Böll hält sie für selbstverständlich: *„Ich bin sicher, diese ständig mit der ungeheuren Leistung ihrer Väter und Großväter konfrontierten Nachgeborenen würden nach einer vergleichbaren Katastrophe unter vergleichbaren Umständen ebensoviel*

*„leisten“. Manchmal haben mich ausländische Freunde aus neutralen Ländern mit halber Bewunderung gefragt: „Wie habt ihr das alles ausgehalten?“ Und ich habe immer geantwortet: „Wie ihr es ausgehalten hättet!“*

Und es gibt viel auszuhalten. Ende 1945 sind 80 Prozent aller Deutschen unterernährt, 50 Prozent leiden an Hungerschäden und 40 Prozent sind tuberkulosegefährdet. Im Hungerwinter 1946/47 wird die Lage geradezu verzweifelt. Im Ruhrgebiet kommen die Zuteilungen auf nicht einmal 900 Kalorien. Selbst Schwerstarbeiter erhalten allerhöchstens 1.350 Kalorien täglich. Die Verzweiflung der Menschen macht sich in Streiks und Hungermärschen Luft. In der US-Zone liegt der Durchschnitt bei 1.564 Kalorien pro Kopf, in der französischen Zone bei 1.209, wobei es vor allem an tierischem Eiweiß und Fett fehlt. Die deutsche Landwirtschaft kann nur noch 35 Prozent der Versorgung abdecken, da etwa ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzflächen im Osten verloren gegangen sind und die Ernte 1946/47 nur 50 bis 60 Prozent der normalen Menge liefert.

Wolfgang Staudte dreht mit „Die Mörder sind unter uns“ schon 1946 den ersten deutschen Nachkriegsfilm mit der jungen Hildegard Knef in einer der Hauptrollen. Von den Kulturoffizieren der Westmächte abgelehnt, dreht Wolfgang Staudte auf dem Gelände der DEFA in der SBZ sein Drama über Kriegsschuldige und Selbstjustiz. Währenddessen schreibt der junge Wolfgang Borchert an seinem Stück „Draußen vor der Tür“, das wie kein zweites die Stimmung der Zeit einfängt: *„Das ist das Leben! Ein Mensch ist da, und der Mensch kommt nach Deutschland, und der Mensch friert. Der hungert und der humpelt! Ein Mann kommt nach Deutschland! Er kommt nach Hause, und da ist sein Bett besetzt. Eine Tür schlägt zu, und er steht draußen.“*

Die Parteienlandschaft ist eine völlig andere als vor dem Krieg. Von den Weimarer Parteien entstehen nur drei wieder neu: die Sozialdemokratische, das katholische Zentrum und die im Westen bedeutungslose Kommunistische Partei. Führer der Sozialdemokraten ist Kurt Schumacher, der zwölf Jahre in Hitlers Konzentrationslagern ver-

bracht hat und „körperlich gebrochen, aber unbeugsamen Geistes“ ist, wie ein Zeitgenosse schreibt. In der CDU sammeln sich die Vertreter des christlichen Bürgertums beider Konfessionen, ehemalige Zentrums- politiker und Deutsch-Nationale. Die CDU wird dem „Zentrum“ die Wähler abjagen und es ab 1952 zur Bedeutungslosigkeit verurteilen. Von den kleineren Parteien wird nur die Freie Demokratische Partei überleben, die an die große Tradition des südwestdeutschen Liberalismus anknüpft.

### NEUE DEUTSCHE LÄNDER

Berlin wird 1945 auf Beschluss der Konferenz von Jalta in vier Sektoren aufgeteilt, die von den Besatzungsmächten USA, Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich kontrolliert werden. Die Viersektorstadt wird von einer Alliierte Kommandantur verwaltet, die dem Alliierten Kontrollrat unterstellt ist. Den Bewohnern der West-Sektoren (von Frankreich, Großbritannien und den USA verwaltet) wird 1952 das Betreten des Umlandes in der zu der Zeit bereits gegründeten DDR verboten, die Stadtgrenze mit Stacheldrahtzäunen abgesperrt. Der Wechsel zwischen den Sektoren ist jedoch bis zum Mauerbau am 13. August 1961 noch weitgehend ungehindert möglich.

In Berlin finden im Oktober 1946 die ersten freien Wahlen seit 1933 statt. Wahlsieger wird die SPD mit 48,7 Prozent der Stimmen, die SED erhält in Berlin 19,8 Prozent, in den gleichzeitig stattfindenden Landtagswahlen in der Sowjetischen Besatzungszone 47,6 Prozent der Stimmen. Zumindest die westlichen Alliierten sind sehr daran interessiert, die von den Nationalsozialisten de facto abgeschaffte föderale Struktur wieder aufzubauen. So entstehen in ihren Besatzungszonen nach und nach elf Länder, die später die Bundesrepublik Deutschland gründen werden. Mit der Verabschiedung von Länderverfassungen und demokratischen Wahlen lösen Schritt für Schritt von den Länderparlamenten bestimmte Landesregierungen die von den Militärs ernannten Ministerpräsidenten ab. Außer Hamburg, Bremen und Bayern entsprechen die Länder der 1949 gegründeten Bundes-



republik Deutschland keinen historischen Vorbildern. Sie sind mehr oder weniger Kunstgebilde, die mehrere historische Territorien verschmelzen.

In einigen Gegenden finden Volksabstimmungen über die Wiedererrichtung der alten bzw. der Bildung neuer Länder statt, so im Gebiet des späteren Bundeslandes Baden-Württemberg und im ehemaligen Großherzogtum Oldenburg. Rheinland-Pfalz ist das wohl heterogenste Bundesland. Es setzt sich aus vier historisch gewachsenen Räumen zusammen. Das Land stößt anfangs bei Politik und Bewohnern auf erhebliche Ablehnung und die Neugründung wird in der gegebenen Form allenfalls als eine Übergangslösung begriffen. Auch die Gründung Nordrhein-Westfalens ist umstritten. Konrad Adenauer spricht sich dafür aus, Kurt Schumacher dagegen.

Im Südwesten Deutschlands gründet sich das heutige Bundesland Baden-Württemberg erst 1952. Bis dahin existieren drei Länder, die ohne Rücksicht auf historische Ländergrenzen unter Aufsicht der französischen und amerikanischen Besatzer entstanden sind: Württemberg-Hohenzollern vereint den Süden Württembergs und die vormals preußischen Hohenzollerischen Lande, Württemberg-Baden das nördliche Württemberg mit dem nördlichen Baden. Der südliche Teil Badens bildet ein eigenes Land Baden. Die Gründung des neuen „Südweststaates“, der nach vielem Hin- und Herüberlegen Baden-Württemberg heißen soll, erfolgt auch hier nach einer Volksabstimmung, in der sich die Mehrheit der Bevölkerung für die Gründung des Landes ausspricht.

Ein Sonderfall ist das Saarland. Am 22. Dezember 1946 schließt Frankreich sogar die Grenze des Saarlandes zum übrigen Deutschland ab. Die neue Verfassung aus dem folgenden Jahr schreibt in der Präambel den wirtschaftlichen Anschluss des Saarlandes an Frankreich und die Trennung von Deutschland fest. Viele Saarländer stehen wegen der Erfahrungen mit dem NS-System sowie der Hoffnung auf eine schnelle Besserung der wirtschaftlichen Lage zu diesem Sonderweg.

## MARSHALLPLAN UND WÄHRUNGSREFORM

Weil er befürchtet, dass die wirtschaftliche Not zur Ausbreitung des Kommunismus beitragen könnte und um den Wiederaufbau Europas anzukurbeln, kündigt der amerikanische Außenminister George C. Marshall am 5. Juni 1947 ein wirtschaftliches Hilfsprogramm für Europa an: Das European Recovery Program. Die Sowjetunion lehnt für sich und die Länder in ihrer Einflusszone die angebotene Teilnahme ab. Voraussetzung für die Wirksamkeit dieser Marshallplanhilfe ist eine neue Währung. Die in den Westzonen im Juni 1948 eingeführte „D-Mark“ wird zum Signal des Aufbruchs. Binnen einer Woche verschwinden die Schwarzmärkte und die Bürger erleben staunend, wie sich die Auslagen der Geschäfte mit seit Jahren nicht gesehenen Waren füllen. Zusammen mit der weitgehenden Aufhebung der Zwangswirtschaft trägt die neue stabile Währung wesentlich zum wirtschaftlichen Aufbau der kommenden Jahre bei. Die Sowjets ziehen wenige Tage später in ihrer Zone mit einer eigenen Währungsreform nach.

Während in der sowjetischen Zone die Aufgabe der Zentralverwaltungswirtschaft mit staatlich gelenkten Produktionsplänen, Preisen und Löhnen nicht zur Debatte steht, bekennen sich die Westzonen zur wettbewerbsorientierten Marktwirtschaft. Vordenker der neuen Ordnung ist Ludwig Erhard, der im März 1948 zum „Direktor der Verwaltung für Wirtschaft“ gewählt wird. Vom Wirtschaftsrat, dem Bizonen-Parlament (Frankreich geht anfangs für seine Zone einen Sonderweg), lässt sich Erhard im Juni 1948 mit dem „Gesetz über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform“ die nötigen Vollmachten zum Abbau der Zwangswirtschaft geben. In rascher Folge werden mit Hilfe des Leitsatzgesetzes ab Juni 1948 Preisrationierungsvorschriften aufgehoben. Nur für besonders wichtige Güter gelten noch eine Zeitlang festgesetzte Höchstpreise, so Kohle, Stahl, Düngemittel und Treibstoff. Auch für Grundnahrungsmittel und Mieten gelten weiter überwachte Festpreise. Die Rationierung von Kartoffeln wird im Oktober 1946 aufgehoben, Zucker bleibt bis April 1950 bewirtschaftet. Benzin wird bis 1951, Kohle bis 1952 rationiert.

Die Einführung der Westzonenwährung wird zum Auslöser für die Berliner Blockade zwischen Juni 1948 und Mai 1949. Stalin will die West-Berliner Bevölkerung aushungern und durch massiven Druck auf die Westmächte die Bildung eines ideologisch gegen die Sowjetunion gerichteten westdeutschen Teilstaates verhindern. Aber der Versuch, die Stadt vom westlichen Einfluss abzuschneiden, scheitert am Widerstand der West-Berliner und am entschlossenen Handeln der Amerikaner und Briten durch die Errichtung einer Luftbrücke. Die Berliner Blockade und die Luftbrücke mit ihren fast 300.000 Flügen ist der erste Höhepunkt des Kalten Krieges. Sie beschleunigt den Prozess der westdeutschen Staatsbildung, die jetzt stärker als vorher unter antikommunistischen Vorzeichen steht.

#### **DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

Nachdem die Widerstände Frankreichs überwunden sind, beauftragen die westlichen Militärgouverneure die Ministerpräsidenten der Westzonen-Länder im Juli 1948 mit der Ausarbeitung einer Verfassung. Der von den Länderparlamenten gewählte Parlamentarische Rat erarbeitet daraufhin 1948/49 das neue Grundgesetz. Vorsitzender dieses Rates ist der wieder in sein Amt eingesetzte Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer, der Vorsitzende der neu gegründeten CDU in der britischen Zone. Die Bundesrepublik Deutschland wird am 23. Mai 1949 in den drei westlichen Besatzungszonen gegründet und mit diesem Tag auch die Verfassung in Kraft gesetzt. Sie wird als eine provisorische Verfassung begriffen, weil Deutschland selbst ein Provisorium ist. In der Präambel enthält sie ein „Wiedervereinigungsgebot“: *„Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“*

Die Bundesrepublik ist im Gegensatz zur DDR ein föderaler Staat. Die Verfassung legt die Kompetenzen für Gliedstaaten und Gesamtstaat fest, wobei es in jedem Gliedstaat legislative, exekutive und judikative Organe gibt. Die Bürger wählen sowohl ein gesamtstaatliches als auch ein gliedstaatliches Parlament.

Knapp drei Monate später sind über 31 Millionen Wahlberechtigte zur Wahl des 1. Deutschen Bundestages aufgerufen. Zur Wahl stehen 19 Parteien, von denen elf in den Bundestag einziehen. Eine 5 Prozent-Hürde gibt es bis dahin nur auf Landesebene. Die West-Berliner dürfen wegen des besonderen Status ihrer Stadt nicht wählen. CDU und CSU gewinnen mit 31 Prozent knapp vor der SPD mit 29,2 Prozent. Drittstärkste Kraft werden die Liberalen mit 11,9 Prozent der Stimmen. Radikalen Parteien von links und rechts erteilen die Wähler eine klare Absage. Zum ersten Kanzler wird mit nur einer Stimme Mehrheit der schon fast 74jährige Konrad Adenauer gewählt.

Die Stabilität in der Politik und das neue Geld beflügeln zumindest im Westen das Wirtschaftsleben – ganz davon abgesehen, dass natürlich Mangel an allem herrscht: an Wohnungen vor allem, an Verkehrswegen, an unendlich vielen Artikeln des täglichen Bedarfs. Seit 1949 importiert Deutschland auch wieder Waren, besonders Rohstoffe und im zweiten Quartal 1951 übersteigt der Export erstmals wieder den Import. Durch das Aufleben der Wirtschaft sinkt auch die Arbeitslosenquote rapide. 1951 errechnen die Statistiker eine Steigerung des Brutto sozialproduktes gegenüber dem Vorjahr um sagenhafte 21 Prozent. 1952 ist die Bundesrepublik unabhängig von weiterer Auslandshilfe. Deutschland wird zum Wirtschaftswunderland.

### **AUF DEM WEG ZUR EINHEITSPARTEI**

Im Juni 1945 sah es so aus, als hätten die deutschen Kommunisten ihren alten Zielen der Diktatur und des Sowjetsystems abgeschworen und träten nach den Erfahrungen mit der Hitler-Diktatur für eine freiheitliche Politik ein. Nach dem Ende des Krieges scheint vielen Sozialdemokraten und Kommunisten die Spaltung der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, die Hitlers Machtantritt erleichtert hatte, überwindbar. Daher begrüßen im Sommer 1945 auch viele Sozialdemokraten den Gedanken an eine Einheitspartei, denn sie erhoffen von einer demokratischen Wendung der Kommunisten deren Eingliederung in eine demokratisch-sozialistische Partei wie vor dem Ersten

Weltkrieg. Die Kommunisten halten sich zunächst zurück. Im Herbst 1945 propagiert die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) eine rasche Verschmelzung. Wegen ihrer Anpassung an die unpopuläre Besatzungspolitik der UdSSR ist sie in der Bevölkerung und bei den anderen Parteien isoliert. Sie befürchtet, die 1946 angesetzten Wahlen zu verlieren.

Die meisten Sozialdemokraten, die vorher noch an die Möglichkeit der Einheit geglaubt haben, sind in der Zwischenzeit desillusioniert worden. Sie sehen die völlige Abhängigkeit der KPD von Moskau und die einseitige Förderung der Kommunisten durch die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD). Im Westen warnt Kurt Schumacher vor dem kommunistischen Konzept der Einheitspartei und der Absicht, der SPD eine kommunistische Führung aufzuzwingen. In den drei Westzonen kann die SPD alle Einheitsversuche der Kommunisten abwehren. Da in der Ostzone allein die SMAD bestimmt, kommt es dort mit ihrer massiven Unterstützung zur Verschmelzung von SPD und KPD zu einer „Einheitspartei“. Starkes Indiz für den angewandten Zwang ist das Verbot einer Urabstimmung, die von der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) fast überall gefordert wird. Doch die SMAD verbietet solche Abstimmungen. Sie kann daher nur in West-Berlin stattfinden. Dort votierten im März 1946 dann 82 Prozent der abstimmenden SPD-Mitglieder gegen die Vereinigung. In der sowjetischen Zone wird starker Druck auf die Sozialdemokratie ausgeübt. In einem Klima der Angst ist die offene Ablehnung kaum möglich. Am 21. und 22. April 1946 wird auf einem „Vereinigungsparteitag“ von KPD und SPD der SBZ in Berlin die „SED“ – die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands – gegründet.

## **DIE DEUTSCHE DEMOKRATISCHE REPUBLIK**

In der sowjetischen Zone gründet sich Ende 1947 auf Betreiben der SED eine „Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden“. Der aus ihr hervorgegangene Deutsche Volksrat stellt im Oktober 1948 eine Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vor, die von

der provisorischen Volkskammer der DDR am 7. Oktober 1949 in Kraft gesetzt wird. Die Verfassung suggeriert ein vermeintlich föderales Prinzip, das eine Fiktion ist. Schnell zeigt sich, dass der zentralistische Moment weit stärker ist. So entstehen zwar innerhalb der russischen Besatzungszone schon 1945 das Land Mecklenburg-Vorpommern, die Provinzen Sachsen, Thüringen und Brandenburg, wobei nur Sachsen weitgehend den historischen Ländergrenzen entspricht. Aber 1952 werden die Länder (aus der „Provinz Sachsen“ ist „Sachsen-Anhalt“, aus Mecklenburg-Vorpommern ist „Mecklenburg“ geworden) aufgelöst und in 14 Bezirke zuzüglich Ost-Berlin geteilt, die weitgehend aus der Hauptstadt gelenkt werden.

Die „Deutsche Demokratische Republik“ ist nur dem Namen nach eine Demokratie. Ihr „Mehrparteiensystem“ unterliegt dem Führungsanspruch der SED. Mit Zuspitzung des Kalten Krieges wandelt sich die SED in eine Kaderpartei nach dem Vorbild der KPdSU. Die paritätische Besetzung aller Positionen mit Sozialdemokraten und Kommunisten wird aufgegeben und einem „Sozialdemokratismus“ der Kampf angesagt. Durch die Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) und der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) sollen im April und Mai 1948 weitere Bevölkerungsgruppen politisch erfasst werden und die Vormachtstellung der SED im Parteiensystem so abgesichert werden. So wird schon 1948 mit der Sicherung der Vorherrschaft der SED und der Schwächung der auch im Osten existierenden „bürgerlichen Parteien“ Christlich Demokratische Union (CDU) und Liberal Demokratische Partei Deutschlands (LDPD) das Parteiensystem in der Ostzone entscheidend verändert. Alle wichtigen Posten in der DDR werden nur noch mit SED-Mitgliedern besetzt. Opponierende Politiker, wie etwa der Vorsitzende der Ost-CDU, Jakob Kaiser, werden abgesetzt.

In der „Sowjetisch Besetzten Zone“ (SBZ) werden die Weichen früh anders als im Westen gestellt. Die sowjetische Militäradministration ist die treibende Kraft dieser Entwicklung, drückt einschneidende Reformen durch. So wird im öffentlichen Dienst 1945 das Berufsbeam-

tentum abgeschafft. Ab September 1945 folgt unter der Devise „Junckerland in Bauernhand“ die Enteignung des Großgrundbesitzes. Die Bodenreform umfasst 35 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der SBZ. In den neu gebildeten Bodenfond kommen 2,5 Millionen Hektar Land von 7.000 Großgrundbesitzern sowie 600.000 Hektar aus dem Besitz ehemaliger NS-Führer und aus Staatsbesitz. Die Industriereform, eingeleitet im Oktober 1945, ist ein weiterer Schritt Richtung Sozialisierung, in der das Eigentum von Staat, Wehrmacht, NSDAP und Kriegsverbrechern beschlagnahmt wird. In Sachsen beschließt im Juni 1946 ein Volksbegehren die „Enteignung der Kriegsverbrecher und Nazis“. 67,6 Prozent der Befragten sprechen sich für die Enteignung aus und machen damit den Weg zur Verstaatlichung der Schwer- und Schlüsselindustrie frei. Das sächsische Modell macht in der ganzen Sowjetzone Schule. In der Justizreform von 1946 schließlich verlieren mehr als 85 Prozent der Richter und Staatsanwälte im Zuge der Entnazifizierung ihr Amt und werden durch im Schnellverfahren ausgebildete Volksrichter ersetzt.

Das Leben bleibt bis Anfang der 1950er Jahre materiell höchst bescheiden: Für ein Kilogramm Bohnenkaffee muss ein Industriearbeiter 1950 noch 22,5 Stunden arbeiten, für ein Kilo Butter über vier Stunden, für ein Kilo Zucker eine Stunde, für einen Volkswagen 493 Tage. Ein beliebtes Feierabendvergnügen ist der Kinobesuch. Ein Bundesbürger sieht sich etwa 16 Mal im Jahr einen Film an. Daneben steht die Familie im Zentrum der Freizeit – was auch dem damals sehr langen Arbeitstag und der damit verbundenen knappen Zeit geschuldet ist. Die meisten Menschen stehen zwischen sechs und sieben Uhr auf und kehren selten vor 18 oder 19 Uhr nach Hause zurück. Urlaub ist ein Vergnügen für wenige: Bis Mitte der 1950er Jahre besitzt nicht einmal jeder fünfte Deutsche einen Reisepass.

# DIE DEUTSCHEN 1815 BIS HEUTE

Eine Zeitreise in Texten, Bildern und Filmen



**DIE DEUTSCHEN 1815 bis 1918**  
Fürstentum und Bürgerkriege



**DIE DEUTSCHEN 1918 bis 1945**  
Leben zwischen Revolution und Katastrophe



**DIE DEUTSCHEN 1945 bis 1972**  
Leben im doppelten Wirtschaftswunderland



**DIE DEUTSCHEN 1972 bis heute**  
Auf dem Weg zu Einheit und Freiheit

## Einsatz in Bildung und Unterricht

Das multimediale Projekt „Die Deutschen“ eignet sich besonders gut für den Einsatz in Bildungseinrichtungen jeder Art. Die 13 Filme auf zwölf DVDs können selektiv genutzt und im Unterricht eingesetzt werden. Die Filme teilen sich in mehr als 1.000 „Icons“ auf, die zwischen 40 und 150 Sekunden lang sind. Diese Icons sind das Mosaik, aus denen sich ein Bild aus 200 Jahren deutscher Geschichte zusammensetzt. Einzeln oder in Gruppen können diese Icons ebenso wie Einzelfilme im Unterricht eingesetzt werden. Eine sachliche Alternative dazu bilden die Interviews mit bedeutenden deutschen Historikern, die jede DVD ergänzen.



Herausgeber  
Saeculum Verlagsgesellschaft  
Leuschnerdamm 13  
10999 Berlin  
www.saeculum-verlag.de

© Saeculum Verlagsges. mbH, Berlin 2008. All rights of the producer and owner of the work reserved. Unauthorized copying, hiring, lending, public performance and broadcasting prohibited. Made in Germany.